

ÖSTERREICHISCHER RUNDFUNK

1/SN-272/ME

Gerhard Zeiler
Generalsekretär

Präsidium des Nationalrats

Parlament
1010 Wien

Betrifft GESETZENTWURF
Zl. 2 - GE 910

Datum: 10. JAN. 1990

Verteilt: 12. Jan. 1990

Wien, 3.1.1990
Ta9/b58

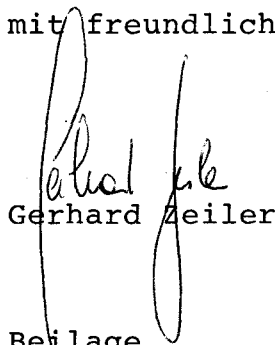
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Bestimmungen der Strafprozeßordnung über die Anhaltung in Untersuchungshaft, das Strafvollzugsgesetz und das Krankenanstaltsgesetz geändert werden (Strafprozeß- und Strafvollzugsgesetznovelle 1990);
Begutachtungsverfahren

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrter Herr Präsident!

Unter Bezugnahme auf die dem Österreichischen Rundfunk seitens des Bundesministeriums für Justiz zugegangene Einladung zur allfälligen Erstattung einer Stellungnahme zu dem eingangs näher bezeichneten Gesetzesvorhaben übermittle ich Ihnen in der Beilage in 25-facher Ausfertigung die vom Österreichischen Rundfunk abgegebene Äußerung.

Ich verbleibe

mit freundlichen Grüßen


Gerhard Zeiler

Beilage

ORF

ÖSTERREICHISCHER RUNDFUNK

Österreichischer Rundfunk, 1136 Wien

Bundesministerium für
Justiz

Museumstraße 7
1070 Wien

1136 Wien, Würzburggasse 30

Telefon: (0222) 82 91 -

Fernschreiber: 1-336012300

Telefax: (0222) 82 91/2200

Telegrammadresse: ORF - Wien

DVR.: 0066915

Durchwahl

Unser Zeichen

Wien, den

GRA/FS/Ta 3.1.1990

Ta9/b52

GZ 578.008/1-II 1/89

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Bestimmungen der Strafprozeßordnung über die Anhaltung in Untersuchungshaft, das Strafvollzugsgesetz und das Krankenanstaltengesetz geändert werden (Strafprozeß- und Strafvollzugsgesetznovelle 1990);
Begutachtungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zu dem gegenständlichen gesetzgeberischen Vorhaben.

In § 188f Abs 1 Z 2 lit c StPO des Entwurfes ist in dem dort genannten Zusammenhang vom "Empfang von Rundfunk- oder Fernsehsendungen" die Rede.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, daß im Hinblick auf bisher vom Gesetzgeber gewählte Termini die vorliegende Formulierung eine zusätzliche Begriffskategorie einführen würden.

Das Rundfunkrecht, insbesondere das Bundesverfassungsgesetz über die Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks, BGBl 1974/396, das darauf basierende Rundfunkgesetz, zuletzt idF BGBl 1987/606, aber auch das Urheberrechtsgesetz, zuletzt idF BGBl 1989/612, verstehen unter "Rundfunk" sowohl "Hörfunk" als auch "Fernsehen" (vgl. insbesondere § 3 Abs 1 RFG). Aber auch das MedienG (vgl. insbesondere § 46 Abs 2) folgt diesem Begriffsverständnis. Das Fernmelderecht hingegen verwendet für die Begriffe "Hörfunk" und "Fernsehen" im Sinne der vorerwähnten Bestimmungen die des "Rundfunk" bzw. "Fernsehrundfunk" (vgl. § 1 Rundfunkverordnung, zuletzt idF des Bundesgesetzes BGBl 1978/338).

- 2 -

Um, wie schon ausgeführt, eine weitere Kategoriebildung zu vermeiden, wird angeregt, der überwiegenden Systematik des Rundfunkrechtes, Urheberrechtes aber auch Medienrechtes zu folgen und die angesprochene lit c des geplanten § 188f Abs 1 Z 2 StPO entweder zu formulieren:

"c) Empfang von Rundfunksendungen (Hörfunk und Fernsehen) "

oder

"c) Empfang von Hörfunk- oder Fernsehsendungen".

Wir verbleiben

mit vorzüglicher Hochachtung

ÖSTERREICHISCHER RUNDFUNK

(Gerhard Zeiler) (ppa.Dr.Prochaska)